



391.32/70

3003 Bern, 10. Mai 1971

## P R O T O K O L L

der Sitzung zwischen einer Delegation des Bundesrates  
und den Regierungsvertretern der Kantone Zürich und Genf  
betreffend den Truppeneinsatz auf den Flughäfen  
Zürich und Genf - Cointrin vom 26.4.1971 in Bern

---

Vorsitz: Herr Bundespräsident R. Gnägi, Vorsteher des Eidgenössischen Militärdepartements

An der Konferenz nahmen teil:

- / HH. L. von Moos, Vorsteher des Justiz- und Polizeidepartements
- R. Bonvin, Vorsteher des Verkehrs- und Energiewirtschaftsdep.
- A. Mossdorf, Regierungsrat Zürich
- H. Schmitt, Conseiller d'Etat, Genève
- J.-P. Gygi, Département militaire, Genève
- M. Gelzer, Abteilung für politische Angelegenheiten
- S. Meili, Politisches Departement
- A. Amstein, Chef Bundespolizei
- A. Kaech, Direktor der Eidg. Militärverwaltung
- H. Kurz, Direktion der Eidg. Militärverwaltung
- P. Gygli, Generalstabschef
- B. de Chastonay, Stab der Gruppe für Generalstabsdienste
- R. Bieri, Direktor der Eidg. Finanzverwaltung
- W. Guldimann, Direktor des Eidg. Luftamtes
- R. Christe, cdt zone territoriale 1
- R. Baumgartner, Kdt Territorialzone 4

Protokollführer:

- U. Linsi, Direktion der Eidg. Militärverwaltung
- A. Lugon Moulin, Direktion der Eidg. Militärverwaltung



Zu Beginn der Sitzung begrüsst der Vorsitzende die Anwesenden und gratuliert dem Vizepräsidenten des Regierungsrates des Kantons Zürich, A. Moosdorf, zur Wiederwahl.

Einleitend stellt der Sprechende fest, dass auf Grund der Begehren der Kantone Zürich und Genf die Massnahmen in bezug auf die Flughafenbewachung angeordnet wurden. Seit einiger Zeit stehe je 1 Bat in Zürich-Kloten und Genève-Cointrin im Einsatz.

In der Zwischenzeit habe eine Besprechung mit Vertretern des Kantons Genf stattgefunden, an der die Frage der Art der Weiterführung des Ordnungsdienstes behandelt worden sei. Mittlerweile sei eine Eingabe des Kantons Genf eingetroffen, in der die Truppenstärke als zu gross betrachtet wird und auf Schwierigkeiten in der Unterbringung der Truppen aufmerksam macht. Am 17.3.71 habe eine Konferenz auf Beamtenebene stattgefunden, an der die wichtigsten Fragen der heutigen Sitzung zur Diskussion standen, insbesondere die Frage der Truppenreduktion und der Kostenerledigung. Die heutige Sitzung finde auf Grund eines Bundesratsbeschlusses vom 7.4.71 statt.

Der Generalstabschef orientiert über die militärpolitische Lage, wobei er vor allem auf die Vermehrung von sowjetischem Militärpersonal und auf die Schwierigkeit der Israelis hinweist, künftig direkte Konfrontationen mit den Sowjets zu vermeiden.

Der Chef der Bundespolizei orientiert über die heutige Bedrohungslage, wobei er betont, dass sich die Lage schnell ändern könne. Die akute Gefahr habe in den letzten Monaten abgenommen, die Terrorakte beschränkten sich auf Israel. Die Begründung für die Beruhigung gegenüber unserem Lande seien die Verfolgungen in Jordanien, der Entzug der Hilfe an die Habasch-Gruppe und der Verlust des arabischen Interesses. Die latente Gefahr aber bestehe weiterhin, wobei auch an anarchistische und trotzkistische Gruppen gedacht werden müsse. Die Luftfahrt sei für solche Gruppen immer ein günstiges Angriffsobjekt, wobei der Angriff vom Boden her die minimalste Gefahr darstelle, er diene nur zur Zerstörung eines Flugzeuges und es könnten keine ultimativen Forderungen gestellt werden. Daher lasse sich eine angemessene Reduktion der Flughafenbewachung rechtfertigen. Unsere weiteren Mittel nebst der Bewachung seien folgende:

1. Der body check, wobei aber aus personellen Gründen nicht mehr alle Passagiere kontrolliert werden könnten.
2. Die Sicherheitsbeauftragten, wobei ebenfalls aus personellen Gründen einzelne Kurse entlastet werden müssten.
3. Postkontrolle. Diese wird ab 3.5.71 verstärkt, indem von diesem Datum an alle Pakete kontrolliert werden, die schwerer sind als 1 Kilogramm.



Der Stellvertreter des Abteilungschefs der Abteilung für politische Angelegenheiten unterstreicht die Ausführungen des Chefs der Bundespolizei betreffend die latente Gefahr und wünscht, dass die zu treffenden Massnahmen nicht publiziert und nicht diskriminierender Art seien.

Der Direktor des Luftamtes befürchtet die Möglichkeit eines Angriffs von nichtpalästinensischer Seite und fordert aus diesem Grund ein permanentes Einsatzdispositiv.

Der Vertreter des Zürcher Regierungsrates, Regierungsrat A. Mossdorf, dankt für die militärische Hilfe und führt weiter aus, dass man aus verschiedenen Gründen (zu wenig Personal, Zunahme der Fluggäste in der wärmeren Jahreszeit) gezwungen gewesen sei, nur noch eine selektive Kontrolle der Passagiere durchzuführen. Das habe auch dazu geführt, dass nur noch eine generelle Ueberwachung der Flugzeuge vom Tarmac aus möglich gewesen sei. Nach seiner Ansicht könne von der grundsätzlichen Bewachung zur militärischen Ueberwachung übergegangen werden, dies umso mehr, als einerseits die baulichen Sicherheitsmassnahmen merklich ausgebaut wurden und andererseits die Flughafenwache verstärkt wurde. Daher könne sich die militärische Ueberwachung gegen Angriffe von aussen auf das Flughafenareal beschränken. Der Redner unterstreicht die grosse psychologische Wirkung der militärischen Präsenz.

M. Schmitt, Conseiller d'Etat déclare qu'il a déjà eu l'occasion d'exposer l'opinion du gouvernement genevois à ce sujet lors d'une précédente séance. Le gouvernement genevois est d'avis que la question de savoir si on veut maintenir ou alléger le dispositif militaire tel qu'il se présente actuellement, est un problème essentiellement politique, au sens large du mot.

L'orateur tient à relever que les gouvernements cantonaux ne disposent pas des sources de renseignements utilisées par le Conseil fédéral pour juger, sur le plan international, du degré de danger latent qui existe encore. Toutefois il comprend fort bien le dilemme devant lequel est placée l'armée. Deux solutions se présentent. Ou on maintient la mission parce qu'on estime que le danger est toujours le même, ou on l'adapte parce qu'on considère que la période des détournements aériens est passée. Au cas où la deuxième hypothèse serait retenue, l'orateur est d'avis que le système actuellement en place pourrait être allégé. Cela permettrait ainsi de passer du service de garde au service de surveillance.

Si l'armée estime qu'elle peut, en fait et non en droit, rendre les mêmes services et avoir le même pouvoir de dissuasion avec des effectifs moindres et que le Conseil fédéral estime que cela est possible, le gouvernement genevois est d'accord de se rallier à cette façon d'envisager les choses.



L'orateur conclut son exposé en remerciant les autorités militaires pour les services rendus au canton.

Gestützt auf diese Ausführungen zieht der Vorsitzende einige Schlussfolgerungen: Die Bedrohung besteht zweifelloos weiter, wenn auch weniger akut. Daraus ergebe sich die Frage, ob von der Be-wachung auf die militärische Ueberwachung übergegangen werden könne.

Diese Frage bejaht der Generalstabschef, wobei seiner Meinung nach genügend Truppen im betreffenden Raum vorhanden sein müssen, um im Notfall eingreifen zu können. Das heisse aber nicht, den Dienstleistungsplan für dieses Jahr nochmals ändern. Für 1972 sei vorgesehen, während des ganzen Jahres Truppen im Dienst zu haben.

Der Vertreter des Regierungsrates des Kantons Zürich äussert Bedenken in Bezug auf die Stärke von nur 1 Kp. Er postuliert einen sukzessiven Abbau.

M. Schmitt, Conseiller d'Etat relève que si le Conseil fédéral décide de passer du service "garde" au service de "surveillance", il incombera à l'armée et non aux gouvernements cantonaux de décider si, avec l'effectif d'une compagnie, elle est à même de remplir sa mission.

M. Bonvin, Conseiller fédéral tient à faire part d'une observation. Il signale qu'il y a certainement une possibilité d'envisager une solution différenciée entre Zürich et Genève-Cointrin. L'orateur relève notamment que l'aéroport de Zürich va devenir un immense chantier. Pour ce motif, cet aéroport sera beaucoup plus limité que celui de Genève-Cointrin. D'autre part, l'arrivée des Boeing 747 ne va manquer d'amener un afflux dans le trafic des voyageurs. En conséquence, il y aura donc une différence dans la mission à remplir.

Der Vorsteher des Eidg. Justiz- und Polizeidepartements hält dafür, dass sich die Situation etwas entspannt habe gegenüber dem Herbst 1970. Man müsse alle vier obenerwähnten Massnahmen im Auge behalten und sie vom Grundsatz der Verhältnismässigkeit aus betrachten. Infolgedessen müsse ein bewegliches Dispositiv geschaffen werden. Der Redner wirft die Frage der rechtlichen Voraussetzungen der Vereidigung auf, da er eine Entwertung dieser Vereidigung befürchte.

Der Generalstabschef fordert einen Grundsatzentscheid darüber, ob be- oder überwacht werden solle, und erst nachher könne geprüft werden, ob eine Kompanie genüge oder nicht und wie der Auftrag zu formulieren sei.



Der Vorsitzende stellt zusammenfassend fest, dass

1. die Bedrohung weiterhin bestehe,
2. ein Dispositiv bezogen werden müsse, das im Notfall rasch geändert werden könne,
3. von der Bewachung zur Ueberwachung übergegangen werde und
4. am Dienstleistungsplan für 1971 nichts geändert werde und 1972 dauernd Truppen im Dienst seien.

Im Anschluss an diese Zusammenfassung bringt der Direktor der Finanzverwaltung der Konferenz zur Kenntnis, dass die Swissair ihrerseits Sicherheitsmassnahmen ergriffen hätten, so könne zum Beispiel das Cockpit vom Passagierraum aus nicht mehr betreten werden und der Kapitän könne den Passagierraum mittels Fernsehkamera überwachen.

Der Vertreter des Zürcher Regierungsrates ist sich bewusst, dass es immer Lücken gebe, dass man aber andererseits mit allen Mitteln, jetzt vor allem technischen und taktischen, versuchen müsse, diese Lücken wenn nicht zu schliessen, so doch so klein wie möglich zu halten.

Zur Frage der Kosten führt der Direktor der Finanzverwaltung aus, dass alle zusätzlichen Kosten, ohne Unterschied zwischen ordentlichen und ausserordentlichen Kosten, vom Bund übernommen werden. Das allerdings ergebe in der Praxis Abgrenzungsschwierigkeiten. Die Finanzverwaltung und das Luftamt hätten deshalb vorgeschlagen, dass man bei wichtigeren Angelegenheiten vorgängig mit dem Bund Fühlung aufnehmen und seine Zustimmung einholen müsse.

Der Vorsitzende ist der Auffassung, dass von Fall zu Fall entschieden werden müsse, und schlägt daher die Schaffung einer Arbeitsgruppe vor, in der EFZD, EMD, EVED (Luftamt) und die Kantone vertreten sind. Dem wird zugestimmt.

M. Schmitt, Conseiller d'Etat constate qu'il n'a pas été informé de cette différenciation. Selon l'orateur, il a toujours été question que la Confédération prendrait à sa charge les dépenses causées par le service de garde. Si aucune difficulté n'a surgi jusqu'à ce jour, cela est dû au fait que le canton a avancé les sommes nécessaires au règlement des factures en suspens. Il constate que pour l'instant, le canton de Genève a déboursé 25'000 francs. Il y a encore 30'000 francs de factures impayées.

Au surplus, en ce qui concerne les dépenses supplémentaires causées par des engagements de police, il est d'avis que les cantons prendront ces frais à leur charge. Par contre tout ce qui se rapporte aux aménagements pour l'armée devrait être supporté par la Confédération.



Der Vorsitzende gibt den Lösungsvorschlag einer Arbeitsgruppe, bestehend aus Vertretern der Direktion der eidgenössischen Militärverwaltung, des Luftamtes und der Finanzverwaltung bekannt:

1. Der Bund übernehme alle Auslagen für Sicherheitsmassnahmen, soweit er sie angeordnet oder ihnen ausdrücklich zugestimmt hat.
2. Vorbehalten sind künftige Bauten, für die im Hinblick auf die Luftverkehrssicherheit die ausdrückliche Zustimmung des Luftamtes vorliegen muss.

Der Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Massnahmen werde abhängen vom Stand der Vorbereitungen, die die Ter Zo Kdt mit den Kantonsregierungen zu treffen haben. In Bezug auf die Publizität ist die Konferenz der einhelligen Auffassung, dass nur eine kurze Mitteilung an die Presse genügen müsse.

Schluss der Sitzung um 1635 Uhr.

Die Protokollführer:

*U. Linsi*

U. Linsi

*A. Lugon Moulin*

A. Lugon Moulin

Geht an:

alle Teilnehmer